



## Niederschrift

### 69. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 04.09.2012
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	21:02 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Raum 405, Hegelallee, Haus 1

---

#### Anwesend sind:

#### Ausschussvorsitzender

Herr Rolf Kutzmutz DIE LINKE Leitung der Sitzung

#### Ausschussmitglieder

Herr Ralf Jäkel DIE LINKE  
Herr Pete Heuer DIE LINKE  
Herr Marcus Krause SPD  
Herr Peter Lehmann CDU/ANW  
Frau Saskia Hüneke Bündnis 90/Die Grünen  
Herr Björn Teuteberg FDP  
Herr Wolfhard Kirsch BürgerBündnis

#### stellv. Ausschussmitglieder

Frau Jana Schulze DIE LINKE ab 18:55 Uhr

#### sachkundige Einwohner

Frau Kerstin Beyer Behindertenbeirat  
Herr Jan Hanisch DIE LINKE bis 21:00 Uhr  
Herr Dr. Timo Jacob DIE LINKE  
Herr Frank Kulok BürgerBündnis  
Herr Christopher Kühn FDP  
Herr Dirk Kühnemann Bündnis 90/Die Grünen  
Frau Claudia Mucha SPD bis 20:30 Uhr  
Herr Steffen Pfrogner DIE LINKE  
Herr Christian Schirrholtz Die Andere  
Herr Wolfgang Schütt CDU/ANW bis 21:00 Uhr  
Herr Rudi Wiggert SPD

#### Beigeordnete

Herr Matthias Klipp Beigeordneter

Herr Thomas Bachmann SPD

**Nicht anwesend sind:**

**Ausschussmitglieder**

Herr Dr. Klaus-Uwe Gunold	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Hannes Püschel	Die Andere	nicht teilgenommen

**stellv. Ausschussmitglieder**

Herr Wolfgang Cornelius	Potsdamer Demokraten	nicht teilgenommen
-------------------------	----------------------	--------------------

**sachkundige Einwohner**

Herr Kai Weber	SPD	nicht teilgenommen
----------------	-----	--------------------

Gäste:

Frau Holtkamp (Verbindliche Bauleitplanung)  
Frau Strache (Verbindliche Bauleitplanung)  
Herr Lehmann (Stadterneuerung)  
Herr Kahle (Stadtentwicklung-Verkehrsentwicklung)  
Frau Woiwode (Verkehrsanlagen)  
Herr Gessner (Bildung und Sport)  
Herr Elz (Architekt zum TOP 4.2)  
Herr Fiebelkorn-Drasen (Nachbarschaftsinitiative Am Neuen Garten) Rederecht zu TOP 4.5)

Niederschrift:  
Frau Kropp

**Tagesordnung:**

**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
  
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen/nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 14.08.2012 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
  
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
  
- 3.1 Brauhausberg

- 3.1.1 Städtebaulicher Wettbewerb zum Brauhausberg (Wiedervorlage)  
Vorlage: 11/SVV/0388  
Fraktion DIE LINKE
- 3.1.2 Städtebauliches Konzept für das Vorgelände des Brauhausberges (Wiedervorlage)  
Vorlage: 11/SVV/0423  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 3.1.3 Konkretisierung Masterplan Brauhausberg (Wiedervorlage)  
Vorlage: 11/SVV/0434  
Fraktion FDP
- 3.1.4 Familien- und Sportbad Brauhausberg  
Vorlage: 12/SVV/0515  
Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport
- 3.1.5 Städtebaulicher Wettbewerb Brauhausberg  
Einordnung des Familien- und Sportbades und ergänzender innerstädtischer Wohnungsbau  
Vorlage: 12/SVV/0556  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 3.2 Anbindung Wohngebiet Bornstedter Feld an das regionale Straßennetz nach Norden  
Vorlage: 12/SVV/0404  
Fraktion CDU/ANW
- 3.3 Sitzungskalender 2013  
Vorlage: 12/SVV/0463  
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der StVV
- 3.4 Wiedergewinnung der Potsdamer Mitte  
Vorlage: 12/SVV/0484  
Fraktionen CDU/ANW, FDP
- 3.5 Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan SAN - P 17 "Stadterweiterung Süd"  
Vorlage: 12/SVV/0513  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 3.6 Radweg Lindenallee  
Vorlage: 12/SVV/0537

- 4            Mitteilungen der Verwaltung
  
- 4.1        StEK Verkehr - Verständigung zum weiteren Verfahren nach Durchführung der öffentlichen Informations- und Diskussionsveranstaltungen
  
- 4.2        Anwendungsmöglichkeiten, Verfahrensschritte und Praktiken von Planungswettbewerben (einschl. fachlichem Inputreferat durch Herrn Andreas Elz, Architekt)
  
- 4.3        BE Neubau Weisse Flotte  
            FB Stadtplanung und Stadterneuerung
  
- 4.4        Verständigung zur Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom 26.07.2012 bis 15.08.2012
  
- 4.5        BE Gehwegerneuerung Höhenstraße  
            FB Grün- und Verkehrsflächen
  
- 5            Sonstiges

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1        Eröffnung der Sitzung**

Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Kutzmutz.

#### **zu 2        Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen/nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 14.08.2012 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Die Niederschrift der Sitzung vom 14.8.2012 ist noch nicht ausgereicht worden, so dass die Bestätigung auf die kommende Sitzung vertagt wird.

Der Ausschussvorsitzende informiert, dass eine Nachtragstagesordnung ausgereicht worden ist. Neu hinzugekommen ist die Vorlage 12/SVV/0556 Städtebaulicher Wettbewerb Brauhausberg - Einordnung des Familien- und Sportbades und ergänzender innerstädt. Wohnungsbau als TOP 3.1.5.

Durch den Hauptausschuss ist die abschließende Behandlung zurück gestellt worden, bis das Votum des SB-Ausschusses vorliegt.

Auf den Hinweis von Herrn Lehmann, dass die Anträge zum Thema Brauhausberg 11/SVV/0388, 11/SVV/0423 und 11/SVV/0434 nochmals zurück gestellt werden sollten, berichtet der Ausschussvorsitzende, dass im Hauptausschuss Verständigung dahingehend erfolgt ist, die v.g. Anträge nochmals zurück zu stellen, bis die Vorlagen der Verwaltung beschlossen worden sind.

Herr Teuteberg hat beantragt, die TO um einen TOP: Gehwegerneuerung in der Höhenstraße zu ergänzen. Frau Hüneke hat in diesem Zusammenhang gebeten, Herrn Fiebelkorn-Drasen Rederecht zu gewähren. Weiterhin hat Frau Hüneke aufgrund der kürzlich in Kartzow asphaltierten Dorfstraße gebeten, dass die Verwaltung über alle beabsichtigten Maßnahmen der Gefahrenabwehr informiert, soweit sie Natursteinpflaster betreffen.

Frau Hüneke bittet, ihren Antrag 12/SVV/0537 Radweg Lindenallee zurück zu stellen, bis Planungsvarianten durch die Verwaltung vorgelegt werden.

Auf die Frage von Frau Hüneke, wann die Planungsvarianten vorgelegt werden, antwortet Herr Klipp, dass man von Ende des Jahres ausgehen könne.

Herr Pfrogner dankt für die Aufnahme des TOP's 4.2 fachliches Input-Referat durch Herrn Andreas Elz hinsichtlich Anwendungsmöglichkeiten, Verfahrensschritten und Praktiken von Planungswettbewerben und bittet, diesen TOP vorzuziehen, so dass die Informationen in der Beratung des TOP's 3.1.5 Städtebaulicher Wettbewerb Brauhausberg Berücksichtigung finden können.

Die entsprechend veränderte TO wird mit 9/0/0 bestätigt.

### **zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

#### **zu 3.1 Brauhausberg**

##### **zu 3.1.1 Städtebaulicher Wettbewerb zum Brauhausberg (Wiedervorlage)**

**Vorlage: 11/SVV/0388**

Fraktion DIE LINKE

Zurück gestellt.

##### **zu 3.1.2 Städtebauliches Konzept für das Vorgelände des Brauhausberges (Wiedervorlage)**

**Vorlage: 11/SVV/0423**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Zurück gestellt.

### zu 3.1.3 **Konkretisierung Masterplan Brauhausberg (Wiedervorlage)**

**Vorlage: 11/SVV/0434**

Fraktion FDP  
Zurück gestellt.

### zu 4.2 **Anwendungsmöglichkeiten, Verfahrensschritte und Praktiken von Planungswettbewerben (einschl. fachlichem Inputreferat durch Herrn Andreas Elz, Architekt)**

Herr Elz stellt sich den Teilnehmern vor. Er ist freischaffender Architekt, Mitglied der Architektenkammer und Vorsitzender des Ausschusses für Wettbewerbe und Vergabe. Er dankt den Ausschussmitgliedern für die Möglichkeit, hier referieren zu dürfen.

Herr Pfrogner reicht den Ausschussmitgliedern die Broschüre des Landes Brandenburg, Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft, Arbeitshilfe Richtlinien für Planungswettbewerbe RPW 2008 aus, welche die eben erfolgten Ausführungen von Herrn Elz vertieft.

Auf verschiedene Fragen der Ausschussmitglieder geht Herr Elz ein:

- Realistischer Zeitraum für die Durchführung eines Wettbewerbes ist mindestens 8 Wochen; 2 Wochen zur Einsichtnahme in die Aufgabenstellung und 6 Wochen zur Ausarbeitung
- Ein Ideenwettbewerb wird hauptsächlich für städtebauliche Ideen durchgeführt; d.h. er ist nicht für abgeklärte Bauvorhaben geeignet.
- Bei einem Realisierungswettbewerb hat der 1. Preisträger einen Rechtsanspruch zur Umsetzung.

Der Ausschussvorsitzende dankt Herrn Elz für seine Ausführungen und stellt seine Präsentation als Protokollanlage zur Verfügung.

### zu 3.1.4 **Familien- und Sportbad Brauhausberg**

**Vorlage: 12/SVV/0515**

Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport

Herr Gessner (FB Bildung und Sport) bringt die Vorlage ein. Er erinnert, dass die STVV im Juni 2012 den Auftrag erteilt hat, ein Finanzierungskonzept in der August-STVV 2012 vorzulegen. Dem Auftrag ist die Verwaltung nachgekommen. Hinsichtlich des 3. Beschlusspunktes informiert Herr Gessner, dass die Fortschreibung zum geeigneten Zeitpunkt erfolgen wird.

Herrn Teuteberg stellt die Frage nach der Kostenhöhe der aufgeführten 13 zusätzlichen Leistungen, die nicht im Kostenbudget von 23,0 Mio. € enthalten sind. Herr Gessner antwortet, dass zum heutigen Zeitpunkt keine Spekulationen darüber erfolgen sollten. Teilweise sind hier Planungsrecht; Grundstücksgeschäfte und Baurecht betroffen. Es wäre unseriös heute Schätzungen abzugeben.

Auf die Frage von Herrn Schirrholtz welchen Stand das Raumprogramm habe, verweist Herr Gessner auf die Mitteilungsvorlage 11/SVV/0942, in welcher das Raum- und Funktionsprogramm dargestellt ist.

Frau Hüneke bedauert, dass die wirtschaftliche Grundlage jetzt nicht bekannt sei. Gegenstand ihres Antrages 11/SVV/0423 sei es gewesen, dieses erst einmal im städtebaulichen Kontakt zu klären.

Frau Strache (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) informiert, dass von der SWP alle notwendigen Kennziffern/Informationen zum Bad in den städtebaulichen

Wettbewerb eingespeist werden.

Herr Lehmann ergänzt, dass 23 Mio. € nicht ausreichen werden; aufgrund des 3. Punktes der Vorlage könne er die Vorlage bestätigen. Jedoch regt er an, im 3. Beschlusspunkt das Wort ~~zur~~ ~~gegen~~ ~~vor~~ auszutauschen.

Frau Hüneke betont, dass das Finanzierungskonzept und der Städtebau gemeinsam betrachtet werden müssen und hinterfragt die Gemengelage.

Herr Heuer verweist auf das Ergebnis der Bürgerbefragung, dies sollte als Grundlage für alle Überlegungen verstanden werden.

Frau Hüneke zitiert aus der Anlage 1 "... sollen erwartete Erlöse aus dem Verkauf von Flächen am Brauhausberg zur Finanzierung des Bades eingesetzt werden....." und bittet um Auskunft über die Einflussgrößen.

Herr Jäkel äußert bedauernd, dass Themen, wie die Anzahl der Bahnen und das Verhältnis von Freizeitbereich zu Sportbad nicht Gegenstand der Befragung gewesen sind.

Er wird sich bei der Abstimmung enthalten.

Herr Kirsch klärt auf, dass keine Aussagen über die Kosten möglich sind, solange nicht klar ist, was gebaut werden soll und wieviel Flächenbedarf für das neue zu bauende Bad benötigt wird.

Herr Teuteberg greift den Beschluss der STVV auf, in welchem die Gesamtkosten mit 23 Mio. € beziffert werden. Hinsichtlich der 13 zusätzlichen Leistungen, die nicht in dieser Summe enthalten sind, rät er auch diese Kosten mitzuplanen.

Herr Klipp stellt dar, dass mit der Vorlage 12/SVV/0556 Städtebaulicher Wettbewerb die Intention verfolgt wird, zusätzlichen Wohnraum qualitativ einzubinden. Die Orientierung hierbei liegt bei 150 – 200 WE. Aussagen zur Höhe und Größe erfolgen nicht, sondern es werden qualitative Parameter zu Grunde gelegt. Es besteht keine Notwendigkeit für weitere Vorgaben. Die Nachfrage von Frau Hüneke, ob die BGF für den Wohnungsbau im Wettbewerb offen bleibt, wird von Herrn Klipp bestätigt. Es bleibt den Wettbewerbsteilnehmern/Planungsbüros überlassen, wie sie damit umgehen.

Frau Hüneke äußert, dass sich das Ergebnis des städtebaulichen Wettbewerbes in einer der fortzuschreibenden Anlagen wiederfinden müsse.

Der Ausschussvorsitzende greift die Anregung von Herrn Lehmann zur redaktionellen Änderung auf und schlägt vor, den 3. Beschlusspunkt wie folgt zu ändern: statt ~~Spätestens zur Beauftragung~~ ~~neu~~ ~~Vor Beauftragung~~.

Herr Gessner stimmt der redaktionellen Änderung zu.

Die Vorlage wird einschließlich der redaktionellen Änderung zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Das Finanzierungskonzept – Anlage 1 – für den Bau eines Familien- und Sportbades wird beschlossen.
2. Das Betreiberkonzept – Anlage 2 – für den Bau eines Familien- und Sportbades wird mit der Maßgabe der Vorläufigkeit beschlossen.
3. ~~Spätestens zur~~ **Vor** Beauftragung des Generalplaners für das Familien- und Sportbad durch die SWP sind der Stadtverordnetenversammlung die fortgeschriebenen Anlagen 1 und 2 (einschl. Anlagen) erneut zur Beschlussfassung vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 6  
 Ablehnung: 0  
 Stimmenthaltung: 4

**zu 3.1.5 Städtebaulicher Wettbewerb Brauhausberg  
 Einordnung des Familien- und Sportbades und ergänzender innerstädtischer Wohnungsbau  
 Vorlage: 12/SVV/0556**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Frau Holtkamp (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) bringt die Vorlage ein und erinnert, dass inhaltlich bereits in der Ausschusssitzung am 14.8.12 informiert worden ist.

Herr Jäkel äußert, dass die Intention der Drucksache zu befürworten ist. Gibt jedoch zu bedenken, dass es sich hier um einen zentrumsnahen Bereich handelt, der einen hohen Anspruch stellt, das Funktionale mit dem Qualitativen zu verbinden. Er bittet um Information:

- Wie der Badsachverstand im ersten Wettbewerb gesichert wird?
- Wie die Stadtwerke Potsdam am städtebaulichen Wettbewerb beteiligt sind?
- Welche Anhaltspunkte zur Besetzung der Jury herangezogen werden?

Herr Kühn bittet die Bearbeitungszeiten für die Architekten nicht zu kurz zu wählen und regt an, eine Art Workshop davor zu schalten, der die Geschichte des Standortes erläutert und wie ein Bad funktioniert.

Herr Pfrogner fragt:

- Was für ein Verfahren gewählt wird?
- Wie wird die Jury besetzt?
- Wird der SB-Ausschuss vorher eingebunden?
- Mit den Auslobungsunterlagen sollten auch Informationen über die Geschichte, die jüngste Geschichte, städtebauliche Struktur ausgereicht werden.
- Wäre es vorstellbar, auch die Ideen der Bürgerinitiative Brauhausberg dazulegen?
- Werden auch kleine Büros bzw. Berufsanfänger eingebunden. Hier weist er auf einen entsprechenden Beschluss der STVV.

Herr Dr. Jacob hält es für notwendig, dass beim städtebaulichen Wettbewerb jemand dabei ist, der ein Bad konzipieren kann. Der Rahmen selbst sei schon sehr eng bemessen, deshalb stellt sich die Frage, weshalb die Flächenaufteilung bereits im Vorfeld erfolgt?



Herr Schirrholtz unterstützt die Intentionen seiner Vorredner.  
Herr Kühn macht deutlich, dass er den Zeitdruck nicht nachvollziehen könne.

Herr Klipp stellt dar, dass ein akuter Zeitdruck besteht. Durch die Standortentscheidung Brauhausberg habe man bereits 1 Jahr verloren. Es gibt sowohl einen akuten Bedarf für die Nutzer und ein zunehmendes Problem mit der bestehenden Schwimmhalle ihres baulichen Zustandes wegen (befristete Nutzungsgenehmigung). Dem muss sich das Wettbewerbsverfahren unterordnen. Hinsichtlich des Vorschlages zur Durchführung eines Workshops teilt Herr Klipp mit, dass die Materialsammlung von der Stadt und den Stadtwerken Potsdam zusammen gestellt wird. Ggf. können auch die Ergebnisse der Ideenwerkstatt der Bürgerinitiative (BI) mit verteilt werden, wenn es seitens der BI Zustimmung gibt.  
Die Durchführung des städtebaulichen Wettbewerbes erfolgt durch das auf diese Aufgabe spezialisierte und dafür beauftragte Büro; das auch einen Vorschlag für die Zusammensetzung der Jury entwickeln wird.

Die Auslobung des Wettbewerbes kann im SB-Ausschuss informativ vorgestellt werden.

Es ist ein 2stufiger Wettbewerb vorgesehen:

- Ein Städtebaulicher Wettbewerb in Verantwortung der Stadt für die Fläche nördlich und südlich der Max-Planck-Straße, welcher die übergreifenden städtebaulich-architektonischen Bedingungen entwickelt und eine Einordnung des Badneubaus, der Stellplätze sowie des geplanten Wohnungsbaus einbindet.
- Daran anschließen wird sich ein hochbaulicher Realisierungswettbewerb für den Neubau des Familien- und Sportbades in Verantwortung der Stadtwerke.

Der Flächenbedarf für das neue Sportbad ist unterhalb/nördlich der Max-Planck-Straße untergebracht. Die Fläche oberhalb/südlich der Max-Planck-Straße wäre außerordentlich knapp bemessen.

Herr Heuer merkt an, dass die Max-Planck-Straße als Teilungsvorgabe nicht erforderlich sei.

Herr Klipp antwortet, dass die Max-Planck-Straße vor allem der Erreichbarkeit des bestehenden Schwimmbades dient. Er erinnert an den Auftrag der Stadtverordnetenversammlung, dass die alte Schwimmhalle bis zur Errichtung des Neubaus des Familien- und Sportbades am Brauhausberg in Betrieb bleiben soll.

Frau Hüneke stellt folgenden Ergänzungsantrag:

Die in der Anlage 1 enthaltenen maßgeblichen Ziele der Planung sind um folgenden weiteren Punkt zu ergänzen:

Optional kann die Einbeziehung von Minsk und/oder Badgebäude für neue Nutzungen untersucht werden.

Frau Strache (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) antwortet auf die gestellten Fragen:

- der Städtebauliche Wettbewerb soll als ein nicht offener städtebaulicher Wettbewerb nach RPW 2008 mit ca. 10 – 15 Wettbewerbsteilnehmern mit vorgeschaltetem Auswahlverfahren für ca. 30 Teilnehmer durchgeführt werden. Das Verfahren sowie die Zahl der Teilnehmer sind mit der SWP abgestimmt (Zeit- und Kostenfrage).

- ein Teil der Teilnehmer soll „gesetzt“ werden, ein Teil der Teilnehmer soll aus jungen Büros bestehen
- die badspezifischen Informationen werden den Wettbewerbsteilnehmern durch einen von der SWP beauftragten Bad-Spezialisten übermittelt (z.B. in einem Rückfragekolloquium), damit alle Teilnehmer denselben Informationsstand haben

Frau Strache ergänzt, dass das Verfahren zwischen den Stadtwerken und der Landeshauptstadt Potsdam abgestimmt worden ist. Es wurde das Verfahren gewählt, bei dem sich die Stadt die geringsten Risiken erhofft.

Die Durchführung des Städtebaulichen Wettbewerbes wird mit der Architektenkammer abgestimmt werden. Das Wettbewerbsverfahren wird eine Registrierungsnummer erhalten; es ist vorgesehen, die Anzeige zur Teilnahmemöglichkeit z.B. über die Vergabeplattform des Landes Brandenburg (Amtsblatt des Landes Brandenburg) zu veröffentlichen. Am Wettbewerb interessierte Büros können so die Modalitäten des Wettbewerbs lesen.

Der Ergänzungsantrag von Frau Hüneke wird zur Abstimmung gestellt:  
Abstimmungsergebnis: 5/2/3 – damit bestätigt.

Die Vorlage wird mit der Ergänzung in Anlage 1 zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Für die Formulierung der übergreifenden städtebaulich-architektonischen Bedingungen für die Einbindung des Familien- und Sportbades ist ein städtebaulicher Wettbewerb in Verantwortung der Stadt durchzuführen, der die Fläche nördlich und südlich der Max-Planck-Straße erfasst.

Dem Wettbewerb sind die in Anlage 1 zusammengestellten Ziele zugrunde zu legen.

An den städtebaulichen Wettbewerb soll sich ein hochbaulicher Realisierungswettbewerb für den Neubau des Familien- und Sportbades in Verantwortung der Stadtwerke anschließen.

**Einschließlich Ergänzung der Anlage 1 um folgenden Punkt:**

- **Optional kann die Einbeziehung von Minsk und/oder Badgebäude für neue Nutzungen untersucht werden.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	10
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

### **zu 3.2 Anbindung Wohngebiet Bornstedter Feld an das regionale Straßennetz nach Norden**

**Vorlage: 12/SVV/0404**

Fraktion CDU/ANW

Herr Lehmann bringt den Antrag als Prüfauftrag ein.

Herr Lehmann (Bereich Stadterneuerung) empfiehlt für die Verwaltung, dem Antrag nicht zuzustimmen. Über das gewünschte Prüfergebnis kann bereits heute

informiert werden. Die Finanzierung eines Ausbaus der Kirschallee und deren Verlängerung bis zur Amundsenstraße zur besseren Anbindung des Entwicklungsbereiches Bornstedter Feld Richtung Norden ohne Inanspruchnahme des städtischen Haushaltes setzt eine Erweiterung des Entwicklungsbereiches voraus. Das Baugesetzbuch setzt Kriterien fest, nach dem ein Entwicklungsbereich festgelegt werden kann. Der Ausbau der Straße ist kein Grund für eine städtebauliche Entwicklungsmaßnahme. Für den Entwicklungsbereich ergeben sich keine Vorteile; die Finanzierung für die Straße würde 1 – 1,5 Mio € betragen; dem stünden keine Einnahmen gegenüber. Entscheidend dafür den Antrag abzulehnen, ist das Fehlen der rechtlichen Grundlage.

Die Stadt bemüht sich, die Ausbauplanung in den städtischen Haushalt aufzunehmen; dies könne jedoch frühestens 2016 erfolgen und wäre vorbehaltlich der Gesamtbetrachtung der notwendigen Mittel und erforderlichen Ausgaben zu diesem Zeitpunkt.

Nach kurzen Äußerungen von Herrn Jäkel und Herrn Wiggert fasst der Ausschussvorsitzende zusammen, dass der Prüfauftrag beantwortet worden ist.

Frau Hüneke schlägt die Abstimmung "als durch Verwaltungshandeln erledigt" vor.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen erklärt den Antrag als durch Verwaltungshandeln erledigt.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 7  
Ablehnung: 2  
Stimmenthaltung: 1

**zu 3.3 Sitzungskalender 2013**

**Vorlage: 12/SVV/0463**

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der StVV

Es erfolgen keine Änderungswünsche. Die Vorlage wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Sitzungskalender 2013 als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihre Fraktionen und Ausschüsse sowie weiterer Gremien.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 9  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 0

**zu 3.4 Wiedergewinnung der Potsdamer Mitte**

**Vorlage: 12/SVV/0484**

Fraktionen CDU/ANW, FDP

Herr Lehmann bringt den Antrag in neuer Fassung ein.

Herr Lehmann (Bereich Stadterneuerung) bestätigt, dass der Antrag das notwendige Handeln der Verwaltung bekräftigt. Die Präzisierung der Sanierungsziele und der Umstand, dass der Mietvertrag für die Hotelnutzung zum Jahresende

2012 ausläuft, bedingen einen aktiven Handlungsbedarf. Bzgl. der Terminstellung wird die Verwaltung versuchen, die Antwort auf die Fragestellung zur November-STVV 2012 vorzulegen. Dies ist eine sehr ehrgeizige Terminorientierung.

Herr Lehmann stimmt als Antragsteller der geänderten Terminstellung zu.

Herr Jäkel spricht sich für den Bestand des Hotels aus; ggf. mit anderer Nutzung.

Herr Kutzmutz betont, dass das Auslaufen des Mietvertrages ein Fakt ist, so dass man sich mit der Zukunft befassen müsse. Die Untersuchung ist erforderlich. Er würde dem Antrag zustimmen.

Der Antrag wird mit der geänderten Terminstellung zur Abstimmung gestellt

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung (neue Fassung):

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen das Grundstück Mercure-Hotel nebst aufstehendem Gebäude unter Anpassung der Sanierungsziele für den Hotelstandort einer städtebaulichen Entwicklung zugeführt werden kann.

Das Prüfergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung im ~~Oktober~~ **November** 2012 vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	8
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	0

**zu 3.5 Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan SAN - P 17 "Stadterweiterung Süd"**

**Vorlage: 12/SVV/0513**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung  
Herr Lehmann (Bereich Stadterneuerung) bringt die Vorlage ein.

Die Vorlage wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Bebauungsplan SAN-P 17 „Stadterweiterung Süd“ ist in einem beschleunigten Verfahren gemäß § 2 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 13a Abs. 1 Nr. 1 BauGB als Bebauungsplan für die Innenentwicklung aufzustellen (s. Anlagen 1 und 2).

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	10
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

**zu 3.6 Radweg Lindenallee**

**Vorlage: 12/SVV/0537**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Von der Antragstellerin zurück gestellt, bis die Planungsvarianten vorgestellt werden (ca. Ende des Jahres 2012).

**zu 4 Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 4.1 StEK Verkehr - Verständigung zum weiteren Verfahren nach Durchführung der öffentlichen Informations- und Diskussionsveranstaltungen**

Herr Kahle (Bereich Stadtentwicklung-Verkehrsentwicklung) berichtet über die durchgeführten Bürgerbeteiligungen (3 Veranstaltungen in verschiedenen Stadtgebieten und ein Workshop für Eiche/Golm). Die Durchführung hatte eine Moderationscrew übernommen, die unabhängig von der Verwaltung alle Hinweise und Empfehlungen aufgenommen hat. Die Internetschaltung läuft noch bis Ende September, wobei diese kaum genutzt wird.

Herr Kahle informiert mittels Folien über die erfolgte Auswertung (sh. Anlage zum Protokoll) nach folgenden Themen geordnet:

- MIV
- P+R/B+R
- ÖPNV
- Fuß-/Radverkehr
- Allgemeines/Sonstiges

Es ist eine Maßnahmenliste erarbeitet worden, die die Maßnahmen mit Wirkungen auf die durch Verkehrsmodellrechnung (VISUM) ermittelten Verkehrsmengen in den einzelnen Szenarien darstellt.

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, diese Listen den Fraktionen kurzfristig zur Verfügung zu stellen, so dass sich diese nach Auswertung eine Meinung bilden können.

Herr Jäkel bittet auch die Beschlüsse der Ortsbeiräte i.S. Verkehr zu berücksichtigen.

Herr Kahle informiert, dass das Konzept gemeinsam mit dem Gutachter erarbeitet worden ist. Die Stellungnahmen der IHK und der Brandenburgischen Ingenieurkammer wurden durch die Verwaltung beantwortet. Die Antwortschreiben werden dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Der SB-Ausschuss verständigt sich darauf, dass die Verwaltung die entsprechenden Unterlagen kurzfristig den Fraktionen zur Verfügung stellt. Für Rückfragen ist die Verwaltung offen.

Der Rücklauf der Meinungsbildung aus den Fraktionen in Richtung Verwaltung sollte bis Ende September 2012 erfolgen, so dass zwei Wochen später in der Sitzung des SB-Ausschusses am 16.10.2012 eine abschließende Verständigung erfolgen kann.

**zu 4.3 BE Neubau Weisse Flotte**

FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Klipp informiert, dass er der Bitte von Frau Hüneke um Vorstellung der Planung ohne Mitwirken des Vorhabenträgers Weisse Flotte nicht nachkommen kann. Der Vorhabenträger hat mitgeteilt, dass es zu diesem Zeitpunkt verfrüht wäre zu informieren, da die Planung noch nicht so weit sei. Herr Klipp schlägt vor die Berichterstattung solange zu vertagen bis der Vorhabenträger die Vorstellung im Ausschuss übernehmen wird.

Frau Hüneke spricht die städtebauliche Einordnung und Architektur an; zumindest zur städtebaulichen Einordnung erwarte sie eine Information.

Herr Klipp ergänzt, dass der bisherige Bauantrag von der Weissen Flotte für ruhend erklärt worden ist und ein anderer Bauantrag noch nicht vorliegt.

#### **zu 4.4      Verständigung zur Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom 26.07.2012 bis 15.08.2012**

Zu folgenden Vorhaben wird in der nächsten Sitzung um Information gebeten:

Lfd. Nr. 1-6 – Brandenburger Str. – um welche Abweichungen handelt es sich?  
Lfd. Nr. 7.- Kirschallee 108  
Lfd. Nr. 14 – Zum Jagenstein 2, 4  
Lfd. Nr. 16 – Schilfhof 25  
Lfd. Nr. 22 – Rosa-Luxemburg-str. 40  
Lfd. Nr. 43 – Nedlitzer Str.  
Lfd. Nr. 74 – Leipziger Str., Fr.-Wilhelm-Boelcke-Str  
Lfd. Nr. 75 – Haeckelstr. 72, 74  
Lfd. Nr. 77 – Am Luftschiffhafen  
Lfd. Nr. 79 – Yorckstr. 18 – 22  
Lfd. Nr. 81 – Domstr. 26A  
Lfd. Nr. 82 – Siegward-Sprotte-Str.  
Lfd. Nr. 85 – Kurfürstenstr. 53

Zum Vorhaben 02663 – Errichtung eines Gerüstes Kirchturm Bornim - Ribbeckstr. 1 wird hinterfragt, ob möglicherweise die Rückertstr. gemeint ist?

#### **zu 4.5      BE Gehwegerneuerung Höhenstraße**

FB Grün- und Verkehrsflächen

Herr Fiebelkorn-Drasen (Nachbarschaftsinitiative Am Neuen Garten) nimmt das Rederecht wahr. Er bedauert, dass die Verwaltung ohne Einbeziehung der Anwohner den Auftrag zur Asphaltierung des Gehweges in der Höhenstraße ausgelöst hat. Hierzu reicht er den Teilnehmern ein Schreiben des RA Bernhard Kaltenbach aus. Herr Fiebelkorn-Drasen bestätigt, dass sich der Gehweg in einem schlechten Zustand befindet und dass in der Höhenstraße vor kurzem eine Kita eröffnet worden ist. Nach Kontaktaufnahme mit Herrn Klipp, habe dieser die Aussage getroffen, die Asphaltierungsmaßnahmen im Moment zu stoppen; wenn die Anlieger die Mehrkosten, die durch ein Pflastern entstehen, übernehmen.

Herr Fiebelkorn-Drasen bittet um Unterstützung, den Weg nicht grundsätzlich zu erneuern, sondern sorgfältig zu reparieren. Zur Beteiligung an den Kosten (Differenz zwischen Asphalt und Reparatur des Bernburger Pflasters) wird Bereitschaft signalisiert. Bzgl. der Kostenkalkulation besteht noch Abstimmungsbedarf.

Herr Klipp sagt zu, alle Positionen der unterschiedlichen Kostenschätzungen gemeinsam durchzugehen, sozusagen als open book Verfahren, alles zu besprechen. Ob am Ende des Prozesses bei der Reparatur die gewünschte Funktionali-

tät, auch im Hinblick auf die behindertengerechte Erreichbarkeit der Kita, herauskommt wird sich zeigen. Herr Klipp macht aufmerksam, dass die Landeshauptstadt Potsdam die Pflicht hat, der Verkehrssicherung nachzukommen. Zielstellung muss es sein, für die Gehwegnutzer sichere Bedingungen zu schaffen.

Auf den Hinweis von Frau Hüneke zum Baumschutz erwidert Herr Klipp, dass bei allen Varianten dem Baumschutz genüge getan wird. Dies wird in jedem Fall sicher gestellt.

Herr Teuteberg zeigt sich erfreut über die Entwicklung und das positive Herangehen der Verwaltung. Er bittet künftig bei geplanten Maßnahmen die Anwohnerschaft in angemessener Art und Weise zu informieren.

Herr Klipp folgt dem Anspruch, wenn es sich um Investitionen, also Maßnahmen nach Kommunalabgabengesetz handelt. Bei Gefahrenabwehr ist aufgrund der bestehenden Dringlichkeit und des geringen Umfangs der Maßnahmen (18 T€) eine solche Beteiligung jedoch nicht möglich.

Herr Klipp greift den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung aus dem Jahr 1993 zum Erhalt des Bernburger Mosaikpflasters auf. Die Umsetzung setzt jedoch entsprechende finanzielle Mittel voraus, die aus dem städtischen Haushalt finanziert werden müssen. Mit dem Tiefbauunterhaltungsetat von 2,3 Mio € ist dieser Beschluss nicht umsetzbar.

Herr Jäkel begrüßt die Verwaltungshaltung. Künftig sind Überlegungen erforderlich, diese Mittel im Haushalt zur Verfügung zu stellen.

Frau Woiwode (Bereich Verkehrsanlagen) dankt der Nachbarschaftsinitiative für ihre Mitwirkung. Sie erläutert zum Verfahren, dass es noch immer eine vorläufige Haushaltsführung gibt, d.h. für jede Maßnahme der Gefahrenabwehr ist eine Mittelentsperrung und eine Begründung der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit die Voraussetzung. Frau Woiwode geht an Hand einer Fotodokumentation des Bestandes erläuternd auf die vorgenommene Kostenschätzung ein.

Die von Frau Hüneke erbetene Aufstellung, welche größeren Maßnahmen zur Gefahrenabwehr – soweit sie Natursteinpflaster betreffen - in diesem Jahr noch zu erwarten sind, gibt Frau Woiwode nachstehend zu Protokoll:

Maßnahmeliste:

- Lankestraße /Kurvenbereich sh. BE RVK (in dem betroffenen Stück liegt Pflaster)
- Hauptstraße Marquardt, ab Ortsausgangsschild bis ca. 50 m hinter Brücke/Richtung B 273 - Fahrbahndecke, Überzug Asphalt

Zusätzlich werden Maßnahmen an folgenden Punkten erforderlich:

- Straße von Sacrow nach Kladow – Seitenbereiche
- Uferweg/R1 von ehem. Stadthafen bis Im Bogen

## **zu 5 Sonstiges**

Herr Klipp informiert, dass die Berichterstattung über das Wettbewerbsergebnis Langer Stall in der Ausschusssitzung am 25.09.2012 erfolgen wird.

Ergänzend teilt Herr Klipp mit, dass am 12.9.2012 die Ausstellungseröffnung erfolgen wird. Er lädt alle Interessierte zum Besuch der Ausstellung in das Ausstellungsverfenster der Fachhochschule ein.



**Niederschrift**  
**70. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen**

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 25. 09. 2012
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	22:00 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Raum 405, Hegelallee, Haus 1

---

**Anwesend sind:**

**Ausschussvorsitzender**

Herr Rolf Kutzmutz	DIE LINKE	Leitung der Sitzung
--------------------	-----------	---------------------

**Ausschussmitglieder**

Herr Ralf Jäkel	DIE LINKE	
Herr Dr. Klaus-Uwe Gunold	DIE LINKE	
Herr Björn Teuteberg	FDP	<i>bis 21:47 Uhr</i>
Herr Wolfhard Kirsch	Bürger Bündnis	
Herr Peter Lehmann	CDU / ANW	
Herr Marcus Krause	SPD	
Herr Thomas Bachmann	SPD	<i>ab 18:30 Uhr</i>
Herr Pete Heuer	SPD	
Frau Saskia Hüneke	Bündnis 90 / Die Grünen	

**stellv. Ausschussmitglieder**

Herr Wolfgang Cornelius	Potsdamer Demokraten
-------------------------	----------------------

**sachkundige Einwohner**

Herr Steffen Pfrogner	DIE LINKE	
Herr Jan Hanisch	DIE LINKE	
Herr Christopher Kühn	FDP	<i>ab 18:10 Uhr</i>
Herr Frank Kulok	Bürgerbündnis	<i>bis 19:45 Uhr</i>
Herr Wolfgang Schütt	CDU / ANW	
Herr Kai Weber	SPD	<i>bis 21:50 Uhr</i>
Herr Rudi Wiggert	SPD	
Herr Dirk Kühnemann	Bündnis 90 / Die Grünen	

**Beigeordnete**

Herr Matthias Klipp	Beigeordneter
---------------------	---------------



**Gäste:**

Herr Goetzmann	(Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung)
Herr Becker	(Verkehrsmanagement)
Herr Böhme	(EWP zu Top 4.5)
Herr Fiebelkorn - Drasen	(Rederecht zu Top 3.2 und 4.5)
Herr Wolfram	(Bereich Stadtplanung – Verkehrsentwicklung)
Herr Müller Zinsius	(STP / PRO zu Top 4.2)
Herr Winkens	(Architekt zu Top 4.2)
Frau Holtkamp	(Verbindliche Bauleitplanung)
Herr Munzel	(SB Recht u. Grundstücksmanagement)
Herr Frerichs	(Wirtschaftsförderung)

**Nicht anwesend sind:****Ausschussmitglieder**

Herr Hannes Püschel	Die Andere	nicht teilgenommen
---------------------	------------	--------------------

**sachkundige Einwohner**

Frau Kerstin Beyer	Behindertenbeirat	entschuldigt
Frau Claudia Mucha	SPD	entschuldigt
Herr Christian Schirrholtz	Die Andere	entschuldigt

Niederschrift:

Frau Schulz

**Tagesordnung:****Öffentlicher Teil**

- 1 **Eröffnung der Sitzung**
  
- 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 14.8.2012 und vom 04.09.2012 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**
  
- 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**
  
- 3.1 **Stadtbildpflege (Wiedervorlage)  
Vorlage: 12/SVV/0028** Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

3.2	<b>Tourismusbuskonzept (Wiedervorlage)</b> <b>Vorlage: 12/SVV/0132</b>	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
3.3	<b>Reduzierung von Verkehrslärm in der Friedrich-Engels-Straße</b> <b>Vorlage: 12/SVV/0031</b>	Fraktion SPD
3.4	<b>Preiswertes Wohnen in der Potsdamer Mitte sichern</b> <b>Vorlage: 12/SVV/0386</b>	Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW, FDP Behandlung mit der Machbarkeitsstudie
3.5	<b>Änderung der Kinderspielplatzsatzung</b> <b>Vorlage: 12/SVV/0456</b>	
3.6	<b>Masterplan für den Potsdamer Norden</b> <b>Vorlage: 12/SVV/0469</b>	Fraktion DIE LINKE alle OBR
3.7	<b>Bebauungsplan Nr. 7 "Nordufer Insel" (OT Neu Fahrland) Beschluss zur öffentlichen Auslegung</b> <b>Vorlage: 12/SVV/0486</b>	Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung OBR Neu Fahrland, SB (ff)
3.8	<b>Bebauungsplan Nr. 125 "Uferzone Griebnitzsee", Änderung des Geltungsbereichs, Abwägung und Satzungsbeschluss</b> <b>Vorlage: 12/SVV/0487</b>	Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung SB (ff)
3.9	<b>Bebauungsplan Nr. 128 "Trebbiner Straße/Am Silbergraben", Satzungsbeschluss</b> <b>Vorlage: 12/SVV/0498</b>	Oberbürgermeister, Stadtplanung und Stadterneuerung
3.10	<b>Bebauungsplan Nr. 123 "Wissenschaftspark südlicher Telegrafenberg" Satzungsbeschluss</b> <b>Vorlage: 12/SVV/0517</b>	Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

SB (ff)

- |      |   |  |
|------|---|--|
| 3.11 | <b>Gewerbeansiedlung im Kirchsteigfeld</b><br><b>Vorlage: 12/SVV/0421</b>   | Oberbürgermeister, Bereich<br>Wirtschaftsförderung   |
| 3.12 | <b>Statusbericht Regionaler Wachstumskern<br/>Potsdam 2012</b><br><b>Vorlage: 12/SVV/0471</b>                                   | Oberbürgermeister, FB<br>Stadtplanung und<br>Stadterneuerung                                 |
| 3.13 | <b>Reserven für Bauflächen<br/>bzgl. DS-Nr. 09/SVV/0953</b><br><b>Vorlage: 12/SVV/0337</b>                                      | Oberbürgermeister, FB<br>Stadtplanung und<br>Stadterneuerung<br>und betroffene Ortsbeiräte   |
| 3.14 | <b>Kinderspielplatz Thaerstraße bzgl. Beschluss<br/>11/SVV/0790</b><br><b>Vorlage: 12/SVV/0332</b>                              | Oberbürgermeister, FB Grün- und<br>Verkehrsflächen   |
| 3.15 | <b>Bericht zur Stadtentwicklung und<br/>Stadterneuerung</b><br><b>Vorlage: 12/SVV/0423</b>                                      | Oberbürgermeister, FB<br>Stadtplanung und Bauordnung   |
| 3.16 | <b>Kenntnisnahme des Ergebnisses: Der<br/>"Machbarkeitsstudie" Thoma Karree</b><br><b>Vorlage: 12/SVV/0424</b>                  | Oberbürgermeister, FB<br>Stadtplanung und<br>Stadterneuerung                                 |
| 4    | <b>Mitteilungen der Verwaltung</b>  |  |
| 4.1  | <b>Information: Gesamtzusammenhang der<br/>Entwicklung im Bereich Am Silbergraben<br/>(entspr. der Bitte von Herrn Lehmann)</b> | FB Stadtplanung und<br>Stadterneuerung<br>(Behandlung im Zusammenhang<br>mit DS 12/SVV/0498) |

- |     |  |  |
|-----|--|--|
| 4.2 | <b>BE Machbarkeitsstudie Staudenhof</b>  | FB Stadtplanung und Stadterneuerung<br>(Behandlung im Zusammenhang mit der DS 12/SVV/0386) |
| 4.3 | <b>BE Wettbewerbsergebnis Langer Stall (entspr. Ankündigung in SB-Ausschuss 14.08.2012)</b>  | FB Stadtplanung und Stadterneuerung  |
| 4.4 | <b>BE Abriss und Ausgleichsmaßnahmen ehem. Intershop/Radhaus in der Schopenhauerstr. (entspr. Ankündigung in SB-A. 14.8.)</b>  | FB Stadtplanung und Stadterneuerung  |
| 4.5 | <b>BE Baumaßnahme Friedrich-Ebert-Straße Leitungsbau, behindertenrechte Haltestelle Stadthaus und Gleisbau</b>   | FB Grün- und Verkehrsflächen   |
| 4.6 | <b>Verständigung zur Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom 16.08.2012 bis 05.09.2012 sowie Beantwortung der Nachfragen aus den Sitzungen 14.8.2012 und 4.9.2012</b> |  |
| 5   | <b>Sonstiges</b>   |  |

**Protokoll:**

**Öffentlicher Teil**

**zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden Herrn Kutzmutz

**zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 25.10.2011 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen vom **14.8.2012** gibt es keine Hinweise.

Die Niederschrift wird mit 8 Ja-Stimmen, 0 Nein- Stimmen und bei 1 Stimmenthaltung bestätigt.

Zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen vom **04.09.2012** gibt es folgende Hinweise:

Herr Jäkel bittet um folgende Ergänzung in der Niederschrift vom 04.09.12:

Zu Top4.5 BE Gehwegerneuerung Höhenstraße

Herr Jäkel begrüßt die Verwaltungshaltung **zur Schlichtung des Problems in der Höhenstraße**. Künftig sind Überlegungen erforderlich, diese Mittel im Haushalt zur Verfügung zu stellen. **Er dankt den Anliegern für Ihr Engagement zum Erhalt des Bernburger Kleinpflasters.**

Die Niederschrift wird mit 8. Ja-Stimmen, 0 Nein- Stimmen, bei 1 Stimmenthaltungen mit den v.g. Änderungen/’Ergänzungen bestätigt.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung liegen *folgende Bitten od. Änderungswünsche* vor:

Top 4.1 wird zusammen mit TOP 3.9 behandelt.

Top 4.2 wird zusammen mit TOP 3.4 behandelt.

Top 4.5 erfolgt nach Top 3.3

Frau Hüneke beantragt Rederecht für den Verein Mitteschön zu Top 4.3 Und bittet den Top 4.3 vorzuziehen nach dem Top 3.4.

Herr Kirsch beantragt den Top 4.3 in die nächste Sitzung zu vertagen.

Frau Hüneke fragt nach Fristen, die evtl. vestreichen könnten.

Herr Goetzmann teilt mit, dass in den nächsten 14 Tagen dazu keine Entscheidung vorliegen wird

Das Vorziehen des Tops 4.3 wird mit 2 Ja- Stimmen / 4 Neinstimmen und 1 Stimmenthaltung abgelehnt.

Herr Pfrogner fragt nach, ob der von Ihm nachgereichte Top unter Sonstiges behandelt wird.

Dies wird von Herrn Kutzmutz bestätigt

Den Vorschlägen zur Änderung der Tagesordnung wird mit einem Votum von 9/0/0. zugestimmt.

### **zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

**zu 3.1 Stadtbildpflege (Wiedervorlage)**

**Vorlage: 12/SVV/0028.**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

*Wiedervorlage*

Frau Hüneke bringt den Antrag ein.

Frau Hüneke schlägt vor, dass ein Termin zur weiteren Abstimmung mit den Stadtwerken organisiert werden soll und stellt in diesem Zusammenhang die Frage nach allen Verfahrensbeteiligten.

Herr Goetzmann nennt den groben Rahmen aller Beteiligten (Stadtbeleuchtung / ViP/ Telekommunikationsunternehmen / die entsprechenden Fachbereiche der Verwaltung)

Der Termin soll an alle Fraktionsbüros und die Mitglieder des Ausschusses bekannt gegeben werden.

Frau Hüneke stellt als Antragstellerin den Antrag zurück

Der Antrag wird zurück gestellt.

**zu 3.2 Tourismusbuskonzept (Wiedervorlage)**

**Vorlage: 12/SVV/0132**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

*Wiedervorlage*

Frau Hüneke bringt den Antrag ein und informiert über die Abstimmung mit dem Bereich Wirtschaftsförderung.

Sie schlägt die Bildung einer Arbeitsgruppe vor.

Herr Frerichs informiert über die Möglichkeit von alternativen Modellen (z. B. Busse mit Elektroantrieb). Entsprechende Angebote dazu müssten eingeholt werden.

Herr Schütt stellt die Frage nach der Finanzierung

Frau Hüneke regt an, die Terminsetzung zu streichen und beantragt Rederecht für Herr Fiebelkorn – Drasen.

Herr Fiebelkorn – Drasen legt noch einmal die Ergebnisse der Diskussion dar. Es müssen kleinteilige Lösungsansätze verfolgt werden. Der Einsatz von alternativen Fahrzeugen muss geprüft werden.

Ein kleinteiliges Versuchsprogramm sollte gestartet werden.

Eventuell ein Modellversuch.

Herr Lehmann fragt nach der Finanzierung für die Erweiterung und Erstellung weiterer Gutachten.

Frau Hüneke empfiehlt, dass die neue Arbeitsgruppe vorab Detailfragen klären sollte und einzelne Teilschritte erarbeiten soll.

Herr Lehmann weist darauf hin, dass die Finanzierung geklärt werden muss.

Herr Kirsch gibt zu bedenken, dass Anforderungen des Marktes und Wettbewerbsbeschränkungen zu beachten sind.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Antrag zur Beschlussfassung gemäß Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das in der Begründung geschilderte Tourismusbuskonzept prüfen zu lassen.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im September 2012 Bericht zu erstatten.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	6
Ablehnung:	3
Stimmenthaltung:	0

**zu 3.3 Reduzierung von Verkehrslärm in der Friedrich-Engels-Straße**  
**Vorlage: 12/SVV/0031**  
*Fraktion SPD*

Herr Heuer bringt den Antrag ein.

Er gibt eine kurze Auswertung aus dem Bericht des LUA.

Der Verkehrslärm hat sich als Verursacher nicht bestätigt. Dies wurde durch Messungen und Analysen des Bereiches Ordnung und Sicherheit bestätigt.

Herr Heuer bittet um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wurden die Auflagen zum Lärmschutz aus der Baugenehmigung erfüllt?
2. Was besagt der Lärmaktionsplan dazu?

Herr Beck berichtet, dass alle Auflagen des LUA in die Baugenehmigung eingeflossen sind. Die Auflagen wurden umgesetzt.

Herr Klipp beantwortet die Frage zum Lärmaktionsplan.

Eine Reduzierung des Verkehrslärms könnte nur über lärmmindernde Beläge bzw. Reduzierung der Geschwindigkeit erfolgen. Für erstes sei kein Geld da, für zweites verweist er auf die Zuständigkeit des Fachbereiches Ordnung und Sicherheit.

Herr Heuer erkundigt sich zur Möglichkeit eines Prüfauftrages für eine Tempo 30 Zone.

Herr Kirsch verweist auf die Berichterstattung im KOUL zur Tempo 30 Zone.

Herr Lehmann fragt, ob Lärmschutzbelange auch für die vorh. Altbausubstanz geprüft wurden. Er empfiehlt einen Prüfauftrag für das 1. Quartal 2013

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Antrag zur Beschlussfassung gemäß Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Maßnahmen zur Lärmreduzierung im Bereich der Friedrich-Engels-Straße zwischen dem Hauptbahnhof und Freiland e. V. zu prüfen.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im 1. Quartal 2012 über die Umsetzung zu berichten.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 9

Ablehnung: 0

Stimmhaltung: 1

**4.5**

**BE Baumaßnahme Friedrich-Ebert-Straße**

**Leitungsbau, behindertenrechte Haltestelle Stadthaus und Gleisbau**

FB Grün- und Verkehrsflächen

Herr Becker berichtet über die geplanten Baumaßnahmen in der Friedrich – Ebert – Straße im Abschnitt zwischen Nauener Tor und Alleestraße

Die Präsentation wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Herr Fiebelkorn – Drasen nutzt sein Rederecht als Vertreter der BI FES 34-36. Er weist darauf hin, dass die Anliegerinteressen durch eine Rechtsanwaltskanzlei vertreten werden.

Er schildert kurz die vorhandene Situation in der Örtlichkeit und bittet um die Prüfung der folgenden Punkte.

1. Die Einschränkungen sollen für die Anlieger und Gewerbetreibenden so erträglich wie möglich gestaltet werden. Eine weitere Reduzierung der Bauabschnitte ist zu prüfen. Eine hintere Erschließung muss gesichert werden.
2. Es muss eine Alternative zu den geplanten Baumfällungen geben. Kritik besteht an der mangelnden städtebaulichen Zielsetzung. Die FES sollte als grüner Straßenzug mit breiteren Gehwegen erlebbar gemacht werden.
3. Das Linksabbiegen am Nauener Tor sollte unterbunden werden, um den Verkehr zu reduzieren.

Herr Kirsch stellt die Frage nach der Verteilung des Verkehrs nach einem Linksabbiegeverbot.

Herr Becker erläutert kurz die Verteilung der Verkehrsströme als Ergebnis der Verkehrstechnischen Untersuchung.

Herr Heuer fragt nach dem Stand der Vergabe, nach KAG Beiträgen und ob eine mögliche Vollsperrung auch für die Tram untersucht wurde.

Er sieht den Wegfall des Linksabbiegers skeptisch.

Herr Böhme erläutert warum die Aufrechterhaltung des Tramverkehrs notwendig ist auch mit dem Hinweis auf die entstehenden Kosten für den SEV.

Er teilt mit dass die europaweite Ausschreibung veröffentlicht ist und dass



Mehrschichtarbeit Vertragsbestandteil ist.  
Herr Böhme weist auf die Bürgerinformationsveranstaltung am 26.09.12 hin.

Herr Kühn fragt, ob die Kaplösung mit dem Verkehrsbetrieb abgestimmt wurden.

Herr Becker bestätigt dies und erläutert noch einmal die geltenden Regelungen der StVO beim Einfahren der Tram. Er weist auf die mögliche Nachrüstung einer Rot/ Dunkelampel im Bereich der Haltestelle hin.

Herr Lehmann fragt nach möglichen Fördergeldern und ob eine Finanzierung über die Stadtwerke abgesichert ist.

Herr Becker benennt die Kostenanteile der Verfahrensbeteiligten und teilt mit, dass keine Fördermittel für dieses BV zur Verfügung stehen.

Herr Böhme erläutert die Finanzierungspläne der EWP.

Herr Jäkel hinterfragt noch einmal den Wegfall der Linksabbiegespur und fragt wo die Anwohnerparkplätze in der Helene - Lange – Straße hin sollen. Er bittet um Prüfung des Erhaltes der Bäume gegenüber dem Rathaus.

Herr Becker erläutert noch einmal die Ergebnisse der VTU. In der Helene – Lange – Straße wird das freie Parken durch das Anwohner Parken ersetzt werden.

Er erklärt, dass durch den notwendigen Verkehrsraum die Bäume gefällt werden müssen und im Bereich der Haltestelle auch kein Nachpflanzen möglich ist.

Herr Kühnemann fragt, ob der Bus gleichzeitig an der Straßenbahnhaltstelle hält.

Herr Becker bestätigt dieses.

Frau Hüneke weist auf die Verbesserungen für den Radverkehr hin. Das Fällen der Bäume für die notwendige Baustraße lehnt sie ab.

Herr Schütt erklärt, dass das überfahrbare Kap aus seiner Sicht nicht die Ideallösung ist und weist auf die Berliner Straße hin. Er bittet um Abwägung des Baumerhaltes gegen die Bedürfnisse der Menschen in Hinsicht auf die Entwicklungen des gesamten Potsdamer Nordens.

Herr Pfrogner weist auf das STEK Verkehr hin.

Herr Wiggert hat Rückfragen zur Fußgänger LSA im Bereich des Stadthauses und zur zukünftigen Radverkehrsführung von der Hegelallee in die Friedrich – Ebert – Straße.

Herr Kirsch weist darauf hin, dass die rückwärtige Erschließung realisiert werden sollte, dass ansonsten aber die Baumfällungen notwendig sind.

Herr Becker teilt mit, dass Gespräche zur Erschließung über die hinterliegenden Flurstücke zur Zeit geführt werden.

Herr Klipp erläutert noch mal die Anforderungen an den Verkehrsraum und weist auf die Bedeutung der Straße für die ÖPNV Erschließung des Potsdamer Norden und auf die Bedeutung für den Radverkehr hin.

Frau Hüneke möchte keine ausschließliche Betrachtung des Bauvorhabens. Sie zweifelt die zu erreichende Qualität der Nachpflanzungen an und regt eine Prüfung der Zuwegung von hinten an.

Herr Teuteberg stellt die Frage nach der weiteren Verfahrensweise.

Herr Kutzmutz erklärt, das eine Mitteilungsvorlage nicht in die SVV eingebracht wird. Im nächsten Bauausschuss soll über das Ergebnis der Informationsveranstaltung berichtet werden.

### **3.4 mit Preiswertes Wohnen in der Potsdamer Mitte sichern Vorlage: 12/SVV/0386**

#### **4.2 BE Machbarkeitsstudie Staudenhof**

Herr Prof. Winkens stellt die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie Staudenhof vor. Die 8 Varianten werden erläutert.

Herr Müller – Zinsius stellt die Ergebnisse der wirtschaftlichen Betrachtung der Umfassenden Modernisierung und Instandsetzung „Am Alten Markt 10“ vor. Die fünf verschiedenen Betrachtungen werden vorgestellt. Variante 5 wird als Vorzugsvariante benannt.

Herr Klipp fasst zusammen, dass die Machbarkeitsstudie zum Ergebnis kommt, dass die Straßen und nebenliegende Blöcke nach dem Leitbautenkonzept realisiert werden können. Ein städtebaulicher Wettbewerb macht wenig Sinn, da der Staudenhof erhalten werden kann und ein "Umbauen" nicht machbar ist.

Herr Hanisch bittet die Präsentation und Kostenanalyse dem Protokoll als Anlage beizufügen.

Herr Kirsch merkt an, dass der Ist – Zustand bis zur Sanierung in 5 Jahren erhalten bleibt.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Antrag zur Beschlussfassung gemäß Vorlage

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Oberbürgermeister wird als Gesellschaftervertreter beauftragt sicherzustellen, dass die Pro Potsdam GmbH die Wohnnutzung des Gebäudes Am Alten Markt 10 für die kalkulierte wirtschaftliche Restnutzungsdauer von ca. 10 Jahren garantiert. Darüber hinaus sind durch die Pro Potsdam GmbH Vorkehrungen zu treffen, dass das Gebäude Am Alten Markt 10 nach Ablauf dieser Restnutzungsdauer zurück gebaut werden kann.
2. Der Oberbürgermeister wird weiterhin beauftragt, eine Machbarkeitsstudie vorzulegen oder einen Architektenwettbewerb durchzuführen, wie im Rahmen des beschlossenen Leitbautenkonzepts preisgünstiger Wohnraum in der flächenmäßigen Größenordnung des Staudenhofs angeboten werden kann; durch die Pro Potsdam GmbH selbst oder im Rahmen eines Genossenschaftsmodells im Block V des Sanierungsgebietes Potsdamer

- Mitte.
3. Für die zum Ende der Restnutzungsdauer noch im Haus Am Alten Markt 10 wohnenden Mieter ist vorzugsweise am Standort Ersatzwohnraum zu schaffen. Die Miethöhe für die Ersatzwohnungen ist so zu kalkulieren, dass sie nicht höher ist als nach einer Bestandsmodernisierung des Wohnhauses Am Alten Markt 10.
  4. Im Falle einer Weiterveräußerung des Grundstücks sind diese Auflagen an den Käufer verpflichtend weiterzugeben.
  5. Der Beschluss 11/SVV/0915 wird aufgehoben.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 7  
Ablehnung: 2  
Stimmenthaltung: 1

**3.5 Änderung der Kinderspielplatzsatzung**

**Vorlage: 12/SVV/0456**

*SPD, Bündnis 90 / Die Grünen*

Herr Heuer erläutert den Antrag.

Herr Kirsch weist auf die Problematik mit mehreren Bauherren hin und warnt vor rechtlichen Problemen.

Herr Munzel erläutert die baurechtlichen Belange.

Herr Krause sieht einen Widerspruch. Bestimmte Definitionen sind so in der Bau NVO so nicht herauslesbar. Die Satzung könnte lt. Rechtssprechung umgesetzt werden. Er bittet die Stellungnahme des Rechtsamtes als Anlage zum Protokoll auszureichen.

Herr Lehmann betont, dass meist eine Eigentümergemeinschaft baut und damit der Antrag nicht durchführbar ist.

Herr Pfrogner weist darauf hin, dass die Häufigkeit des Baus von Reihenhäusern relativ gering ist. Die Kommune darf nicht alles auf private Investoren abwälzen.

Herr Teuteberg stellt noch einmal klar, dass es um die Kinder der Reihenhaussiedlung geht. Bestehende Vorgaben lassen sich von städtischer Seite dazu ausdehnen. Die bestehende Satzung sollte geprüft werden.

Herr Heuer zweifelt an der Rechtssprechung mit der Herr Munzel argumentiert und stellt die Frage, ob die Satzung neu angepasst werden sollte.

Herr Kirsch verweist auf den Gleichbehandlungsgrundsatz für alle Bauherren.

Herr Götzmann macht deutlich, dass Flächen sparsam verwendet werden müssen und erläutert die Auswirkungen von zusätzlichem Flächenverbrauch für Bauträger (Gefahr der Entstehung von vielen kleinen Doppelhaushälften).

Herr Jäkel regt die Annahme des Antrags an.

Herr Pfrogner stellt die Frage, ob die Satzung nach der Novellierung der Bauordnung angepasst werden muss.

Herr Krause erinnert an die Berücksichtigung der sozialen Wirkung und weist auf den erhöhten Vorsorgegedanken für Musterbauordnungen hin.

Herr Kutzmutz fragt, was bei Beschluss des Antrages geschieht.

Herr Munzel antwortet, dass Klagen durch Bauherren dann möglich sind.

Herr Titien äußert, dass das MIL dann prüfen müsste.

Herr Heuer regt einen Prüfauftrag an.

Herr Klipp erklärt, dass ein Prüfauftrag an den OBM zur Satzung gestellt werden müsste. Die SVV müsste die Satzung beschließen und dem MIL zur Genehmigung vorlegen.

Herr Pfrogner empfiehlt den Antrag zurück zu stellen.

Herr Kutzmutz empfiehlt die von Herrn Klipp vorgeschlagene Vorgehensweise.

Herr Klipp bittet die wirtschaftlichen Aspekte zu beachten. Vor allem mit Blick auf die Treuhandflächen der Stadt. Die wirtschaftlichen Auswirkungen müssen geprüft werden.

Herr Kirsch gibt zu bedenken, dass es auch Bauherren ohne Kinder gibt.

Frau Peukert verweist auf die Kinderspielplatzsatzung aus den Jahr 2006. Aufgrund der guten Zusammenarbeit mit den Bauträgern sollte die Satzung so belassen werden.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Antrag zur Beschlussfassung gemäß Vorlage Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Kinderspielplatzsatzung der Landeshauptstadt Potsdam unter Berücksichtigung der novellierten Brandenburgischen Bauordnung bis zum Ende des Jahres 2012 anzupassen. Dabei soll insbesondere ~~berücksichtigt~~ **geprüft** werden inwieweit der Gebäudebegriff im Sinne der Verpflichtung zur Errichtung von Kinderspielplätzen dahingehend auszulegen ist, dass auch Hausgruppen und Reihenhäuser als Gebäude mit mehr als vier Wohnungen gelten können.

Weiter wird der Oberbürgermeister aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass bei der Aufstellung von Bebauungsplänen zukünftig Spielplatzflächen auch für Hausgruppen und Reihenhäuser im gleichen Umfang festgesetzt werden wie bisher bei anderen Gebäuden mit mehr als vier Wohnungen

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	6
Ablehnung:	3
Stimmenthaltung:	1

**3.6 Masterplan für den Potsdamer Norden**  
**Vorlage: 12/SVV/0469**  
*Die LINKE*

Herr Jäkel bringt den Antrag ein.  
Er bittet im Protokoll zu vermerken, dass der Entwurf auch unter Einbeziehung von Eiche und Golm auf den Weg zu bringen ist.  
Die restlichen Ortsbeiräte müssten ihr Votum dazu erklären.

Herr Wolfram erläutert, dass es Anfang nächsten Jahres eine Analyse der soz. Infrastruktur und Einwohnerentwicklung geben wird.  
Er verweist auf vorliegende gesamtstädtische Konzepte.  
Zur Zeit ist keine Notwendigkeit für die Erstellung eines Masterplanes gegeben.  
Er gibt den Hinweis auf den Maßnahmeplan Golm und andere gemeinsame Maßnahmen von Eiche und Golm.

Herr Pfrogner hinterfragt die Sinnhaftigkeit des Antrages und bittet den Antrag zurück zu stellen.

Frau Hüneke äußert, dass ein übergreifender planerischer Ansatz notwendig ist, der auch die verkehrlichen Belange berücksichtigt und bittet ebenfalls um Zurückstellung des Antrages

Herr Jäkel schlägt vor, das Votum der Ortsbeiräte abzuwarten, und dann den Antrag erneut auf die TO zu setzen.

Herr Heuer bekräftigt die Sinnhaftigkeit des Antrags.

*Der Antrag wird zurück gestellt.*

**3.7 Bebauungsplan Nr. 7 "Nordufer Insel" (OT Neu Fahrland) Beschluss zur öffentlichen Auslegung**  
**Vorlage: 12/SVV/0486**  
*FB Stadtplanung und Stadterneuerung*

Frau Holtkamp stellt den B – Plan vor und bittet um Zustimmung zur öffentlichen Auslegung.

Herr Krause weist auf das Einzelhandelsgutachten hin und sieht eine schwierige Nutzung einzelner Flächen. Er stellt die Umsetzbarkeit des B – Planes in Frage.

Herr Goetzmann erläutert eine mögliche Nutzung als Mischgebiet.

Herr Bachmann fragt warum die Planungsgrenze mitten in der B2 liegt.

Herr Goetzmann erläutert, dass genau dort die zwei B –Pläne aneinander grenzen.

Herr Kühnemann fragt welchen Abstand die Bebauung zum Ufer hat. (ca. 50m)

Die Vorlage bzw. der Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der

Stadtverordnetenversammlung den Antrag zur Beschlussfassung gemäß Vorlage  
Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplans „Nordufer Insel“ ist gemäß § 9 Abs. 7 BauGB zu ändern, das Verfahren ist als Bebauungsplan Nr. 7 „Nordufer Insel“ (OT Neu Fahrland) weiter zu führen (s. auch Anlage 1).
2. Der Entwurf des Bebauungsplans Nr. 7 „Nordufer Insel“ (OT Neu Fahrland) ist gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen (s. Anlagen 2 und 3).

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 8  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 2

**3.8 Bebauungsplan Nr. 125 "Uferzone Griebnitzsee", Änderung des Geltungsbereichs, Abwägung und Satzungsbeschluss**

**Vorlage: 12/SVV/0487**

*FB Stadtplanung und Stadterneuerung*

*Ergänzungsantrag*

**Bebauungsplan Nr. 125 "Uferzone Griebnitzsee", Änderung des Geltungsbereichs, Abwägung und Satzungsbeschluss**

**Vorlage: 12/SVV/0487**

*Potsdamer Demokraten*

Herr Goetzmann erläutert noch einmal die Planungsziele des B – Planes und bittet um ein Votum für einen Satzungsbeschluss der SVV

Herr Cornelius bringt den Ergänzungsantrag ein.

Herr Goetzmann wirbt für ein Votum gegen den Antrag.

Herr Cornelius erwidert, dass eine Deckelung der Kosten unbedingt Bestandteil sein sollte.

Herr Teuteberg erklärt, dass der Rahmen gesetzt werden sollte und benennt Kosten von 25 Mio. € aus der Anlage 12

Herr Krause lobt die Verwaltung für die Offenlegung der Kostenfolge. Er mahnt aber fehlende Stringenz bei der Durchsetzung anderer Uferwege an. Er stellt die Frage nach dem „es sich leisten können“ dieses Vorhabens.

Herr Lehmann zweifelt die Realität der zugrunde gelegten Zahlen an. Er fragt, warum die Rechtsbetreuung nicht im eigenen Haus geregelt wird. Er zweifelt die benannten Kosten für Pflege und Unterhaltung an. Er betont, dass eine Obergrenze gesetzt werden muss.

Herr Heuer warnt vor einer Deckelung, um sich nicht selbst Steine in den Weg zu legen. Eher sollte die Grundsatzfrage zur Realisierung des Vorhabens ehrlich beantwortet werden.

Herr Lehmann verweist auf die kleine Anfrage vom 30.08.12.

Er zweifelt die Zahlen zu den Grundstücksverkäufen an und sieht eine Deckelung weiterhin unbedingt als erforderlich.

Herr Goetzmann erläutert, dass mit dem Grunderwerb auch Entschädigungen verknüpft sind.

Herr Schütt fragt nach der Flächengröße der für 0,13 Mio € von WSA angekauften Flächen.

Herr Goetzmann erklärt, dass die Antwort nachgeliefert und dem Protokoll beigelegt wird.

Herr Cornelius ringt weiter um die Begrenzung der Kosten.

Herr Teuteberg betont, dass die Kosten unverhältnismäßig zum Nutzen sind. Eine Obergrenze muss gesetzt werden. Der Rechtsbeistand soll extern erfolgen.

Herr Lehmann plädiert weiterhin für eine interne Rechtsbegleitung.

Herr Klipp weist auf die zwei wesentlichen Grundsätze des neuen B-Planes hin, zum einen Reduktion auf das Wesentliche (Uferweg) und des weiteren Begleitung durch einen externen Rechtsbeistand. Nur so sei Chancengleichheit mit der Gegenseite gewährleistet.

Der Ergänzungsantrag wird zur Abstimmung gestellt:

Änderungs- / Ergänzungsvorschlag: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

*Die Beschlussvorlage ist um folgende Ziff. 5 zu ergänzen:*

*5. Die Kosten dürfen insgesamt 15 Mio.€ nicht übersteigen.*

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	1
Ablehnung:	5
Stimmhaltung:	3

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Antrag abzulehnen.

Die Vorlage bzw. der Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Antrag zur Beschlussfassung gemäß Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 125 „Uferzone Griebnitzsee“ wird nach § 9 Abs. 7 BauGB geändert gemäß Anlage 1.
2. Im Rahmen der Abwägung gemäß § 1 Abs. 7 BauGB wird über die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

sowie der Öffentlichkeit zum Bebauungsplan Nr. 125 „Uferzone Griebnitzsee“ entschieden (siehe Anlagen 2, 3, 4, 5, 6 und 7).

3. Die Landeshauptstadt Potsdam verpflichtet sich, die umweltbezogenen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Bebauungsplans Nr.125 „Uferzone Griebnitzsee“ durchzuführen (siehe Anlage 8).
4. Der Bebauungsplan Nr. 125 „Uferzone Griebnitzsee“ wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen, die dazugehörige Begründung wird gebilligt (siehe Anlagen 9, 10 und 11).

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 5  
Ablehnung: 1  
Stimmenthaltung: 3

**3.9 mit Bebauungsplan Nr. 128 "Trebbiner Straße/Am Silbergraben",  
Satzungsbeschluss  
Vorlage: 12/SVV/0498  
FB Stadtplanung und Stadterneuerung**

**4.1 Information: Gesamtzusammenhang der Entwicklung im Bereich „Am Silbergraben“ (entspr. der Bitte von Herrn Lehmann)**

Herr Goetzmann erläutert den B-Plan.

Herr Lehmann bittet Top 4.1 zu beantworten und fragt nach warum keine Bauanfragen bearbeitet werden.

Herr Goetzmann erläutert, dass der B- Plan zu den betreffenden Grünflächen keine Regelungen trifft. Er betont, dass sich die Verwaltung nicht gegen eine bauliche Entwicklung sperrt.

Die Vorlage bzw. der Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Antrag zur Beschlussfassung gemäß Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Im Rahmen der Abwägung gemäß § 1 Abs. 7 BauGB wird über die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Öffentlichkeit zum Bebauungsplan Nr. 128 "Trebbiner Straße/Am Silbergraben" entschieden (s. Anlagen 1A und 1B).
2. Der Bebauungsplan Nr. 128 "Trebbiner Straße/Am Silbergraben" wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen, die dazugehörige Begründung wird gebilligt (s. Anlagen 2 und 3).

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 8



Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 0

- 3.10 **Bebauungsplan Nr. 123 "Wissenschaftspark südlicher Telegrafenberg"**  
**Satzungsbeschluss**  
**Vorlage: 12/SVV/0517**
- Oberbürgermeister, FB  
Stadtplanung und  
Stadterneuerung
- SB (ff)

Wird auf Grund der fortgeschrittenen Zeit vertagt.

- 3.11 **Gewerbeansiedlung im Kirchsteigfeld**  
**Vorlage: 12/SVV/0421**
- Oberbürgermeister, Bereich  
Wirtschaftsförderung

Wird auf Grund der fortgeschrittenen Zeit vertagt.

- 3.12 **Statusbericht Regionaler Wachstumskern  
Potsdam 2012**  
**Vorlage: 12/SVV/0471**
- Oberbürgermeister, FB  
Stadtplanung und  
Stadterneuerung

Wird auf Grund der fortgeschrittenen Zeit vertagt.

- 3.13 **Reserven für Bauflächen  
bzgl. DS-Nr. 09/SVV/0953**  
**Vorlage: 12/SVV/0337**
- Oberbürgermeister, FB  
Stadtplanung und  
Stadterneuerung  
und betroffene Ortsbeiräte

Wird auf Grund der fortgeschrittenen Zeit vertagt.

- 3.14 **Kinderspielplatz Thaerstraße bzgl. Beschluss  
11/SVV/0790**  
**Vorlage: 12/SVV/0332**
- Oberbürgermeister, FB Grün- und  
Verkehrsflächen

Wird auf Grund der fortgeschrittenen Zeit vertagt.

- 3.15 **Bericht zur Stadtentwicklung und  
Stadterneuerung**  
**Vorlage: 12/SVV/0423**
- Oberbürgermeister, FB  
Stadtplanung und Bauordnung

Wird auf Grund der fortgeschrittenen Zeit vertagt.

- 3.16 **Kenntnisnahme des Ergebnisses: Der  
"Machbarkeitsstudie" Thoma Karree**  
**Vorlage: 12/SVV/0424**
- Oberbürgermeister, FB  
Stadtplanung und  
Stadterneuerung

Wird auf Grund der fortgeschrittenen Zeit vertagt.

4 **Mitteilungen der Verwaltung**

- 4.3 **BE Wettbewerbsergebnis Langer Stall (entspr. Ankündigung in SB-Ausschuss 14.08.2012)** FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Wird auf Grund der fortgeschrittenen Zeit vertagt.

- 4.4 **BE Abriss und Ausgleichsmaßnahmen ehem. Intershop/Radhaus in der Schopenhauerstr. (entspr. Ankündigung in SB-A. 14.8.)** FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Wird auf Grund der fortgeschrittenen Zeit vertagt.

- 4.6 **Verständigung zur Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom 16.08.2012 bis 05.09.2012 sowie Beantwortung der Nachfragen aus den Sitzungen 14.8.2012 und 4.9.2012**

Wird auf Grund der fortgeschrittenen Zeit vertagt.

5 **Sonstiges**

Wird auf Grund der fortgeschrittenen Zeit vertagt.

*Rolf Kutzmutz*  
Ausschussvorsitzender

*Kerstin Schulz*  
Schriftführer